

Aber die Kirche ist keine Macht, wenn sich die Völker und Regierungen ihrer Forderung versagen: Ja, es ist bedauerlich, es ist überaus schmerzlich, was dort in Rußland vor sich geht. Aber es ist eine innere Angelegenheit des russischen Staates, in die wir uns nicht einmischen können. Es ist möglich, daß die Regierungen denken: Wir brauchen Rußland in unserm diplomatischen Spiel, wir müssen wirtschaftliche Verträge mit ihm schließen, wir brauchen Abnehmer für unsere Waren, und Rußland ist ein großes Land. Das klingt fast beleidigend gemein, aber es läßt sich wohl denken, daß die Regierungen solche Ermüdungen anstellen und so reden werden. Denn es ist ja nicht gesagt, daß die Regierungen gläubig sind und daß sie überhaupt eine Ahnung davon haben, was Gott be-

deutet. In ihrer Mehrheit werden sie gar nicht auf solche Gedanken kommen, sondern sie werden an die Außenpolitik und an die Wirtschaft denken; wir dürfen ihnen das nicht übel nehmen, denn sie verstehen es nicht besser. Wenn man einen Minister ausfragt, so fragt man nicht, ob er auch etwas von Gott weiß, sondern ob er etwas von Staatsgeschäften versteht.

Auch dieses Versehen ist oft sehr oberflächlich, dennoch kann der Mann damit auskommen, nämlich so lange, wie nicht der Grund der Staaten in Frage gestellt ist. Wenn es freilich um diesen Grund der Staaten geht, dann kann oder vielmehr muß seine Oberflächlichkeit zum Verhängnis werden. Denn der Grund der Staaten ist nicht die Handelsbilanz, sondern auch nicht die in der Verfassung „verankerten“ Volksrechte. Der letzte und entscheidende Grund jedes Staates ist der Wille seiner Menschen zur Gemeinschaft.

Mit diesem Willen zur Gemeinschaft aber hat es die Bewandnis: Er beruht auf der Vorstellung, daß man einer Macht pflichtig und verbunden ist, die höher steht als das eigene Ich. Der sogenannte moderne Mensch weiß das nicht. Er hat sich früher einmal eine Vertragstheorie zurecht gemacht, die den Staat als ein Ergebnis praktischer Bedürfnisse erklärte. Die ist wieder abgeschafft, man weiß, daß sie falsch war. Aber was denn nun eigentlich den Staat geschaffen hat, was ihn hält, weiß der moderne Mensch nicht. Wenn er hier das Wort vom Willen zur Gemeinschaft liest, so denkt er an eine pädagogische Aufgabe oder ähnlichen Unsinn. Der letzte Grund des Staates ist jener Wille, der uns gar nicht bewußt zu werden braucht und der nur aus der Ehrfurcht vor einer höheren, uns unbedingt und immer überlegenen Macht quillt.

Zu dieser Erkenntnis kommen wir erst, wenn der Staat brüchig wird, wenn er zu zerfallen beginnt, dann merken die Menschen, deren Gedanken dazu ausreichen, zu erkennen, daß das offensichtliche Schwinden des Willens zur Gemeinschaft, die Ablehnung der Einordnung und Unterordnung ursächlich zusammenhängen mit der um sich greifenden Gottlosigkeit. Wer dies erkannt hat, kann dann seine Erkenntnis in die Worte kleiden: der letzte Grund der Staaten ist Gott.

Dieser letzte Grund wird jetzt in Rußland abgeschafft, zerstört, ausgerottet. Er wird überall zerstört, wo die Leute am Werke sind, die das Volk „aufklären“, daß Gott eine Erfindung der Knechter und Ausbeuter sei; er wird überall zerstört, wo Leute im Sinne der russischen Machthaber arbeiten.

Was da in Rußland vor sich geht, wird, wenn es sich vollenden kann, das Vorbild Europas werden. Heute Rußland, morgen und übermorgen die anderen Länder! Es wäre traurig, wenn es einen Minister in Europa gäbe, der dies nicht einsieht. Die Welt ist im allgemeinen viel dümmere als man glauben möchte. Wieviel gebildete Menschen haben sich vorreden lassen, in Rußland werde durch den Bolschewismus eine neue Kultur begründet, der „Proletkult“ eröffne eine neue Ära der Menschheit. Dort wird ganz einfach ein Staat und Volk zugrunde gerichtet.

Nun ist die Frage, ob die Regierungen Europas einsehen, daß dieses Ende Rußlands zum Ende Europas führen muß, wenn man es nicht verhindert. Was ist Europa? Ist es nur der Ort rivalisierender, politischer und wirtschaftlicher Interessen, oder ist es im tiefsten Grunde doch eine Gemeinschaft? Wir meinen natürlich, daß es eine Gemeinschaft ist. Aber unser Meinen ist mehr Wunsch und Wille als Überzeugung. Was Europa wirklich ist, muß sich aus seinem Verhalten zu Rußland ergeben. Läßt Europa den Dingen ihren furchtbaren Lauf, so wissen wir, daß es ein Europa in diesem Sinne überhaupt nicht gibt. Denn in Rußland wird jetzt der Grund zertrümmert, auf

dem Europa steht. Wenn Europa das nicht erkennt und verhindert, so ist das ein Zeichen, daß es keine Gemeinschaft ist. Dann ist es mit ihm zu Ende — mit ihm und allem, was zu ihm gehört.“

Noch eine Antwort.

Es ist nicht möglich, die durch die Artikel „In erster Stunde“ eingeleitete Aussprache in dem Umlange durchzuführen, wie das nun manche Leser wünschen. Besonders die Entgegnung von Pfarrer Ahme hat eine Fülle von Zuschriften gebracht, die nicht abgedruckt werden können. Wenn aber der Verfasser einer Antwort langjähriger Leser des Aufwärts ist, glaubt man ihm die Möglichkeit einer Äußerung nicht abschneiden zu dürfen. So sei ihm hier das Wort gegeben zu einer Frage, in der unsere Stellungnahme auch recht scharf übermachtet wird. Sie im biblischen Sinne völlig zu klären, ist sehr schwer.

Die Ausführungen von Herrn Pfarrer Ahme zu dem Artikel „In erster Stunde“ möchte ich nicht unwidersprochen lassen. Unser Kampf gegen die Juden richtet sich allerdings nicht nur gegen den internationalen Geldjuden; denn so wichtig die Geldfrage ist, sie ist auch uns nicht die Hauptfrage. Wir bekämpfen den Juden auf allen Gebieten, da wo sein Einfluß auf das Volk ein unheilvoller ist; aber wir bekämpfen den Juden nicht an sich als fremde Rasse, sondern weil sich seine rassistischen Eigentümlichkeiten in unserem Volksleben zerstörend auswirken. Hätte sich der Jude im Laufe der Jahrhunderte unserem Volksempfinden angepaßt, es würde ihn wohl heute kaum ein Deutscher bekämpfen; aber es ist doch unbestreitbar so, daß er, je länger, je mehr, unserem ganzen Volksleben seinen Stempel aufdrückt.

Wer ist der Hersteller schmutziger Literatur, der Verfasser leichtfertiger Theater- und Kinostücke, der Verächter unserer alten deutschen Ideale, der Komponist minderwertiger Schlager?

In 99 von 100 Fällen der Jude! Und deshalb sehen wir den Juden an als den Verderber der Volksseele. Es war vorauszu sehen, daß man uns dies als unchristlich verargt. Ich kann es nicht unchristlich finden, wenn ich das hasse, was mein Volk vergiftet.

Herr Pfarrer Ahme führt eine Stelle aus der Rede eines Nationalsozialisten an, die unlegbar eine Entgleisung darstellt. Er kann nicht erwarten, daß jeder unserer Redner so durchdrungen ist von der hohen Aufgabe, die wir an unserem Volke zu erfüllen haben, daß Derartiges in einer politischen Versammlung nicht vorkommen dürfte. Es wäre unrecht, solches dem Nationalsozialismus zum Vorwurf zu machen, sonst müßte man logischerweise auch vorkommende bedauerliche Entgleisungen von Geistlichen unserer Kirche vorwerfen. Unser Programm sagt jedenfalls klar und eindeutig, daß wir auf dem Boden eines positiven Christentums stehen. Wir denken nicht daran, andere Rassen von der Gnade ausgeschlossen zu wissen. Wir freuen uns, wenn ein Jude sich aufrichtig zum Christentum bekehrt, ebenso, wenn dies ein Heide tut; aber wir halten deshalb diesen wie jenen nicht dafür geeignet, in unserem Volke eine führende Stellung einzunehmen, wie dies der Jude heute tut.

Das bekämpfen wir mit aller Leidenschaft, inwiefern sollte das gegen das Evangelium verstoßen?

Herr Pfarrer Ahme gibt die Zahl der jüdischen Kriegesopfer mit 12 000 an, die Anmerkung der Redaktion trifft mit 5827 wohl das Richtige. Und nun möchte ich fragen, wieviel sind davon wohl vor dem Feinde gefallen? Meinem Mann sind im Kriege in seiner Kompanie über 2000 Menschen durch die Hände gegangen, darunter 3 Juden. Davon ist einer desertiert, der zweite dank guter Verbindungen nach kurzer Zeit in die Etappe gekommen,

der dritte vor dem Feinde wegen Gehorsamsverweigerung und anderer Delikte verhaftet und zur Festung Weisel gebracht worden, womit sein Zweck erreicht war. Es ist aus dem ganzen Regiment kein Fall bekannt, daß ein Jude vor dem Feinde gefallen wäre.

Aber wir machen ihnen dies nicht einmal zum Vorwurf, wie sollten sie mit Begeisterung für ein Land streiten, das wohl ihr Aufenthaltsort, aber nicht ihr Vaterland ist. Es soll unbestritten bleiben, daß es edle Juden gibt, auch solche, die wirklich Gutes auch für Deutschland wirken. Das ist aber so verschwindend wenig, daß es unseren Blick nicht trüben darf für den ungeheueren Schaden, den sie unserm Volke in dieser Zeit zufügen. Ich möchte Herrn Pfarrer Ahme empfehlen, Theodor Frischi's Handbuch der Judenfrage zu lesen. Er findet darin nicht Urteile der Nationalsozialisten, sondern von Größen aller Zeiten, angefangen bei den Persern und Griechen, über die Römer bis zu Martin Luthers und seinem Gegenpieler Loyola und weiter zu Goethe und Schiller. Und überall eine merkwürdige Übereinstimmung. Diese Frage ist für uns eine Frage von Sein oder Nichtsein und nicht damit erledigt, daß man unsere Stellung als unchristlich hinstellt. Eine Bibelstelle gegen uns anzuführen, wäre besser unterblieben. Es liegen sich dagegen viele Stellen anführen, in denen Christus das scharf geißelt, was auch wir am Juden haben. Selbstverständlich dürfen wir Christen uns nicht freisprechen von der Mitschuld am Niedergang unseres Volkes. Ich habe auch bisher keinen Redner aus unserer Bewegung gehört, der nicht auch das große Schuldkonto der Namenschristen aufgezeigt hätte.

Ist es nicht auch eine große Schuld, daß wir unsere Arbeiterbrüder jüdisch-marxistischer Führung überlassen haben? Wo waren zu Beginn dieser Entwicklung die großen christlichen Führer, die die Gefahr erkannt und die berechtigten Forderungen der Arbeiter zu den ihren gemacht hätten? Man hat den Arbeiter dem Juden überlassen, dessen Einstellung naturgemäß nur international sein kann, der ihn dahin führte, wo er zum größten Teil heute steht. Dieser ganze Fragen- und Schuldkomplex ist so vielseitig, daß es nicht möglich ist, ihn im Rahmen einer Zeitungserwiderung zu erschöpfen.

Ich möchte mich nur dagegen verwahren, daß die Forderungen der NSDAP unchristlich seien.

Wir stehen als Partei auf einem positiven christlichen Standpunkt; aber darüber hinaus auch noch für eine religiöse Erneuerung unseres Volkes ihre ganze Kraft einzusetzen, kann nicht die Aufgabe einer politischen Partei sein.

Das ist die große und dankbare Aufgabe der Kirchen und ihrer berufenen Vertreter, die hier ein ungeheueres Arbeitsfeld haben.

H. Kobs.

Die deutschen Kolonien.

Erfolgreicher Wiederaufbau.

Dem soeben erschienenen Jahresbericht der Deutschen Kolonialgesellschaft entnehmen wir folgende Ausführungen über die Lage in unseren früheren Kolonien:

Für die zur Zeit unter Mandatsverwaltung stehenden deutschen Kolonien bedeutete das Jahr 1929 eine Zeit weiterer wirtschaftlicher Entwicklung auf der von den Deutschen geschaffenen Grundlage; in den afrikanischen Kolonien unter zum Teil starker und wachsender Beteiligung der Deutschen an der Erschließung der Gebiete.

Abgesehen von den schweren Fehlschritten der neuseeländischen Mandatsverwaltung auf Samoa, die zu beständigen Unruhen der eingeborenen Bevölkerung führten, ist die Periode der Miswirtschaft und Verwahrlosung längst einer blühenden Weiterentwicklung der

verdienend. Sollten sich wohl in der Heimat Freunde finden, die dieser lieblichen Tochter Frau Musika's Einzug in das Volk der Schambala verschaffen helfen? —

Vielleicht ist unter den Lesern des Blattes einer, der noch irgendwo eine Geige ungebraucht im Winkel stehen hat, um sie dem Rehemia zu schenken. Das Missionshaus in Bethel bei Bielefeld wird sie gern nach Afrika schicken. Schon sehe ich im Geiste nicht nur den Rehemia seiner Frau etwas vorgeigen; ich träume von einem Streichquartett schwarzer Christen in Ufambara!

Der 14. Neulandtag Pfingsten 1930 in Eisenach

wird versuchen, eine sehr wichtige Aufgabe in dem deutschen und christlichen Leben zu erfüllen. Unter dem Gesamthema: Gott — Freiheit — Vaterland werden folgende Themen an Hand von Beiträgen gemeinsam durchgeführt werden: 1. Berechtigung und Aufgabe der Volkstümer im Lichte Christi. 2. Die Sonderaufgabe des deutschen Volkstums in seiner rassistischen und geschichtlichen Bestimmtheit. 3. Die Neuverweckung germanischer Urkräfte. 4. Die Notwendigkeit einer neuen Begegnung der deutschen Seele mit Christus. 5. Der Christ in den politischen Kämpfen der Gegenwart. 6. Neulands Aufgabe im deutschen Freiheitskampf.

Die Fragen sind sehr ernst und es ist von größter Wichtigkeit, daß die gesamten Gedanken durchgearbeitet werden. Dies soll ohne eigentliche Vorträge an Hand von Thesen geschehen, die wir in unserem Neuland bringen. Dabei können sich schon jetzt einzelne Mitarbeiter zu 5- bis 10-minütigen Referaten melden. Zur Mitarbeit haben sich u. a. bereit erklärt: Prof. Hermann Hoffmann-Hildesheim, Pfarrer Gotthard Meinde-Sonneberg, Schriftsteller Hans Pförtner-München, Pfarrer Johannes Behrmann-Hamburg, Guida Diehl-Eisenach.

Die Tagung findet im Neulandhaus zu Eisenach statt, Gesamtpreis 20 bis 25 Mark Einschreibgebühr 5 Mark. Alles Nähere im Neulandhaus, Eisenach, woher auch die Thesen unentgeltlich zu beziehen sind.

Die Geige des Rehemia.

Der junge Missionar Dr. Karl Wohltat in Ufambara, Ostafrika, berichtet folgendes: Frau Musika wohnt schon lange bei den Schambala. Solange die Missionare hier arbeiten, haben sie neben das gesprochene auch das gesungene Wort gestellt. Ein Liedchen nach der Melodie: „Gott ist die Liebe.“ ist es gewesen, das die ersten Missionare den Schambala gaben und das dann namentlich von der Jugend fröhlich aufgenommen und mit hellen Stimmen gesungen wurde. Seit der Zeit ist das Lied zur Ehre Gottes bei den Schambala nicht verklungen; unsere Schambalachristen singen nicht nur gern, sondern auch gut. Ein musikverständiger Mann, der uns am letzten Sonntag besuchte und unsern Malochor singen hörte, sagte, so guten Gesang habe er in Ostafrika noch nicht gehört; und er war weit herumgekommen und hatte dabei besonders die Musik studiert. Als wir am Sonntag nachmittag in einem Heidenort verkündigt hatten, zog die kleine Schar unserer Christen weiter unter dem Gesang des Liedes: „Geist oom Vater laue, laue Segen auf die dürre Flur.“ Da jagten die Leute: „Dieses Lied ist ein großer Prediger.“ Neben dem gesungenen steht das geblasene Lied in unsern Ufambaragemeinden in großer Blüte. Als während des Krieges ein Teil unserer Christen bis an den Kilimanjaro zog, um das Evangelium zu verkündigen, da ging ein besonders starker Eindruck von den Klängen der Psalmen aus.

Sind diese beiden Töchter der Frau Musika nun schon seit vielen Jahren Gäste im Volk der Schambala, so sucht in jüngster Zeit eine weitere Tochter dieser holden Frau Einzug in unser Land zu halten: die lieblich streichende Geige. Schon der erste Missionar hatte seine Geige mitgebracht und damit namentlich der Jugend viel Freude bereitet. Bis zu diesen Tagen haben immer wieder Missionare unter unsern Völkern auch ihre Geige gestrichen, es ist aber nicht bekannt, daß bisher ein Schwarzer selbst versucht habe, diese holde Kunst zu lernen.

Nach unserer Bibelstunde am Freitagabend, in der wir uns mit einer kleinen Schar treuer Glieder unserer Gemeinde auf das Evangelium des kommenden Sonntags

vorbereiten, hielt mich der Lehrer Rehemia fest: „Mann, ich habe ein Wort.“ — „Sag es!“ — „Ich möchte gern Geige spielen lernen.“ — Ich kenne den Lehrer Rehemia als einen tüchtigen Harmoniumspieler und Waldhornbläser, weiß auch, daß er in seiner Arbeit an den kleinsten ABC-Schützen sehr treu und ausdauernd ist. So erfüllte mich seine Bitte um Erlernung des Geigenspiels mit der freudigen Hoffnung, daß gerade dieser Mann die besten Vorbedingungen dazu mitbringe. Ich sagte ihm, diese Angelegenheit müßte ich mit meiner Frau besprechen, denn sie ist in unserer Familie die Geigenspielerin. Wir kamen überein, daß Rehemia zweimal in der Woche zum Üben kommen solle. Ihm wurde auch gesagt, daß das Erlernen des Geigenspiels viel Geduld und Ausdauer erfordert. Nun hat der Mann aber schon einige Wochen treu durchgehalten und er kommt jedesmal mit großer Freude zum Unterricht, auch stellt er sich recht geschickt an und kann schon ein kleines Liedchen spielen. Wie mag Rehemia auf den Gedanken gekommen sein, das Geigenspielen zu erlernen? Er sagte selber: „Wenn ich abends mit meiner Frau zusammen sitze, möchte ich gern etwas Musik machen können. Ein Harmonium kann ich mir nicht anschaffen, das Horn klingt in meinem Häuschen zu laut, da habe ich an die Geige gedacht, die wäre das richtige Instrument für meine Hausmusik.“ — In der Adventszeit war es, da drängte es abends vor unserer Tür. Etwa zwanzig kleine Kerle standen da mit blühenden Augen: „Wir möchten gern in die Kapelle gehen und singen.“ Dann streckten sich die Hände aus, jeder wollte etwas mit hinübertragen, Kerzen, Transparente, Bücher. Am stolzen war der, der die Geige tragen durfte. Dann wurden in der Kapelle die Advents- und Weihnachtslieder gesungen, zu denen die Geige ihre zarte Begleitung erklingen ließ. An diesen Eingebenden war auch der Lehrer Rehemia ein aufmerksamer Gast.

Sein besonderer Wunsch ist es nun, eine eigene Geige zu besitzen, auf der er auch daheim spielen kann. Aus eigenen Kräften wird er aber wohl die Mittel nicht aufbringen können. Sein Lehrergehalt ist äußerst dürftig. Nach seinem Unterricht geht er in die Tischlerei und arbeitet dort noch fleißig den ganzen Tag, um sich Geld zu

Gebiete gewinnen. Der Mandat... Mangel an Ver... Mandat und in... sonderst leidenden... geltend, der... heitsherde in Ost... Mandatsgebiet... nahmen.

Der deutsche... kantschen Kolonie... sonders in den... Deutschsüdwestaf... noch deutsche Kol... rend des Berichts... die Lage der deu... sriedigend bezeich... Union als Man... lichen wirtschaft... Union auszubau... wirtschaftlichen... eines von südafri... kantschen Volkst... völlig aufgehoben... vollen Ber... afrika unter Au...

In ihrem... rellen Eigenart... ertit die deutsch... findliche Schla... schaffliche Notlag... schen Schule in... Mandatats, soda... Wahlen zum Lan... den Wahlen von... Administrator d... schen deutschen... Landesrats schaf... Wahlen im Jahr... Wahl und drei... Wahlausfall war... teiligung der d... verb des Bürger... schen Staatsange...

In Deut... 5000 vor dem... zählt haben sich... sstellungen im a... ganisationsgabe... bewahren sich u... lionalwirtschaft... wo die Deutsche... fen zusammenge... gang wieder deu... scher Schulen k... Zeit ist getomm... schen Organs o... kulturellen, wir... der Ostafrika-De... um so mehr, als... zung Deutschost... und Uganda an... ler nahe beräh...

Die starke... in den Mandat... turgemäße wirt... datenhabende... politisch verfocht... mit der Möglic... scher Betätigun... Genüge geschehe... Anteil Deutschl... turellen Erschli... nien zur Wied... ten Besitzre... Arbeit auch wi... gutate kommen.

Endfarr

Schwarze Volk... Wirtschaftsp...

Das Nabis... eine neue Kraft... beginnt der S... redungsvorlage... denhälfte der... Gleichzeitigkeit... setzen zu beja... Dr. Mothenhan... klari hat, ohne... geische die Ver... tragen zu föh... der Nichtteilnig...

Schwierig... die Frage der... Wirtschaftspart... Das Reichslabi... Bayerischen Vo... lters Dr. Schät... um 75 Proze... Warenhaussteu... mentarischen K... schaftspartei m... neuer nicht auf... der Einföhrun... den, weil die... sentlichsten Pro... bete.

Nicht min... rische Volkspar... ihre durch den... anschau des P... „Das P... dem die Bie... Durch die... zug vom Nor... samstenerauste... Sonderlast in... bärdet.

Reichstfin... es treffe zu, d... schwer betroff... über auch bei...

famsvorweige-
r Festung We-
reicht war. Es
kannt, daß ein
mal zum Vor-
ein Land strei-
cht ihr Vater-
es edle Juden
ir Deutschland
ig, daß es un-
heueren Scha-
zufügen. Ich
eodor Frick
et darin nicht
n Größen aller
Griechen, über
em Gegenpie-
er. Und über-
Diese Frage ist
n und nicht da-
als unchristlich
zuführen, wäre
viele Stellen
keit, was auch
rsten wir Chris-
sch am Nieder-
keinen Red-
nicht auch das
gezeigt hätte.
daß wir unsere
ung überlassen
klung die gro-
kannt und die
den ihren ge-
n Juden über-
international
n größten Teil
Schuldkomplex
hn im Rahmen
n, daß die For-
itiv christlichen
ch für eine re-
anze Kraft ein-
tistischen Partei
be der Kirchen
in ungeheures
H. Kobs.
onien.
u.
ahresbericht der
nehmen wir fol-
lage in unseren
verwaltung ste-
s Jahr 1929
klung auf der
blage; in den
il starker und
n der Erschlie-
tiffen der neu-
Samoa, die zu
ölkering füh-
und Bewerbs-
ntwicklung der
at Freunde fin-
Nustikas Einzug
lfen? —
attes einer, der
Winkel stehen
s Missionshaus
Afrika schiden.
mita seiner Frau
Streichquartett
ten 1930
be in dem deut-
Unter dem Ge-
werden sol-
emeinsam durch
d Aufgabe der
nderaufgabe des
n und geschicht-
ng germanischer
neuen Bewegung
er Christ in den
Neulands Auf-
ist von größter
durchgearbeitet
träge an Hand
ent Blatt „Neu-
t einzelne Mit-
en melden. Zur
Prof. Hermann
Meine-Sonne-
en, Pfarrer Jo-
hl-Eisenach.
zu Eisenach statt,
gebühr 5 Mark.
woher auch die

Gebiete gewichen. Jedoch macht sich die Ueberfä-
tung der Mandatsinhaber mit Kolonialbesitz in einem
Mangel an Verwaltungsbeamten in dem französischen
Mandat und in den unter den Tropenkrankheiten be-
sonders leidenden Gebieten in einem Mangel an Ver-
zungen geltend, der zur Folge hat, daß die Schlaf-
krankheit in Ostafrika, Kamerun und dem belgischen
Mandatsgebiet Ruanda-Urundi an Ausdehnung zu-
nehmen.

Der deutsche Anteil an der Erschließung der afri-
kanischen Kolonien nimmt von Jahr zu Jahr zu, be-
sonders in den für bäuerliche Siedlungen geeigneten
Deutschsüdwestafrika und Deutschostafrika. Die im Kern
noch deutsche Kolonie Südwesafrika hat sich wäh-
rend des Berichtsjahres wirtschaftlich erholt, so daß
die Lage der deutschen Farmer im allgemeinen als be-
friedigend bezeichnet werden kann. Die südafrikanische
Union als Mandatar zeigte sich bestrebt, die natür-
lichen wirtschaftlichen Beziehungen zur benachbarten
Union auszubauen. Auf diesem Wege der allmählichen
wirtschaftlichen Verflechtung und zugleich der Schaffung
eines von südafrikanischem Geiste erfüllten südwesafri-
kanischen Volkstums, in das das heutige Deutschum
völlig aufgehen soll, sucht sie ihr praktisches Ziel der
völligen Verschmelzung der Kolonie mit Süd-
afrika unter Aufhebung des Mandats zu erreichen.

In ihrem Kampfe um die Erhaltung der kultu-
rellen Eigenart und ihre politische Gleichberechtigung
erleidet die deutsche Bevölkerung Südwests zwei emp-
findliche Schläge, einmal in dem durch wirt-
schaftliche Notlage erzwungenen Uebergang der deut-
schen Schule in Swatopmund in die Verwaltung des
Mandatars, sodann vor allem durch den Ausfall der
Wahlen zum Landesrat. Während das Deutschum bei
den Wahlen von 1926 in der Majorität blieb und der
Administrationsrat durch Ernennungen den Ausgleich zwi-
schen deutschen und südafrikanischen Mitgliedern des
Landesrats schaffte, errangen die Deutschen bei den
Wahlen im Jahre 1929 von 18 nur 7 Sitze (4 durch
Wahl und drei durch Ernennungen). Der ungünstige
Wahlausfall war im wesentlichen die Folge der Benach-
teiligung der deutschen Neuwanderer in dem Er-
werb des Bürgerrechts gegenüber den südafrikanis-
chen Staatsangehörigen!

In Deutschostafrika, das heute gegenüber
5000 vor dem Kriege nahezu wieder 2000 Deutsche
zählt haben sich die deutschen Farmen und Hochland-
siedlungen im allgemeinen günstig entwickelt. Die Or-
ganisationsgabe und der zähe Fleiß der Deutschen
bewähren sich überall und sichern der deutschen Ko-
lonialwirtschaft in Ostafrika eine gute Zukunft. Da
wo die Deutschen sich zu geschlossenen Siedlungsbezir-
ken zusammengefunden haben, gewinnt das Land fast
ganz wieder deutschen Charakter! Die Errichtung deut-
scher Schulen hat weitere Fortschritte gemacht. Die
Zeit ist gekommen, wo durch die Schaffung eines deut-
schen Organs auch eine Plattform der gemeinsamen
kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen
der Ostafrika-Deutschen hergestellt werden muß. Dies
um so mehr, als die englischen Pläne einer Verschmel-
zung Deutschostafrikas mit den Nachbarcolonien Kenia
und Uganda auch die Interessen der deutschen Sied-
ler nahe berühren.

Die starke kulturelle Bedrängnis der Deutschen
in den Mandatsgebieten widerlegt ebenso wie die na-
turmäßige wirtschaftliche Monopolstellung der Man-
datsinhaber die von den Gegnern deutscher Kolonial-
politik verfolgte These, daß den deutschen Interessen
mit der Möglichkeit siedlerischer und kaufmänni-
scher Betätigung in den verlorenen Gebieten vollauf-
Genüge geschehe. Vielmehr drängt gerade der wachsende
Anteil Deutschlands an der wirtschaftlichen und kul-
turellen Erschließungsarbeit der alten deutschen Kolo-
nien zur Wiederherstellung der alten deutschen Kolo-
nialen Besitzrechte, damit die Früchte der deutschen
Arbeit auch wieder dem eigenen notleidenden Volke
zugute kommen.

Endkampf um die Steuern.
Bayrische Volkspartei gegen Biersteuer-Erhöhung. —
Wirtschaftspartei beharrt auf Warenhaussteuer.
— Berlin, 7. April.

Das Kabinett Brüning hat in der neuen Woche
eine neue Kraftprobe zu bestehen. Am heutigen Montag
beginnt der Steueranschuß die Einzelberatung der
Rechnungsvorlagen, über die dann in der zweiten Wo-
chenhälfte der Reichstag zu entscheiden haben wird.
Gleichzeitig wird sich das Plenum mit den Agrarges-
etzen zu befassen haben. Da Reichsfinanzminister
Dr. Moßner in der Steueranschuß ausdrücklich er-
klärt hat, ohne die sofortige Verabschiedung der Steuer-
gesetze die Verantwortung für die Reichsfinanzen nicht
tragen zu können, droht auch jetzt noch im Falle
der Nichteinigung die Auflösung des Reichstages.

Schwierigkeiten macht gegenwärtig hauptsächlich
die Frage der Biersteuererhöhung und die von der
Wirtschaftspartei geforderte Warenhaussteuer.
Das Reichskabinett hat sich — unter Protest des der
Bayrischen Volkspartei angehörenden Reichsfinanz-
ministers Dr. Schägel — für die Erhöhung der Biersteuer
um 75 Prozent entschieden, die Einführung einer
Warenhaussteuer dagegen abgelehnt. Wie in parla-
mentarischen Kreisen verlautet, will sich aber die Wirt-
schaftspartei mit dieser Ablehnung der Warenhaus-
steuer nicht zufrieden geben, vielmehr erneut im Sinne
der Einführung der Warenhaussteuer vorstellig wer-
den, weil die Warenhaussteuer bisher einen der we-
sentlichsten Programmpunkte der Wirtschaftspartei bil-
dete.

Nicht minder entschieden bekämpft aber die Bay-
rische Volkspartei die geplante Biersteuererhöhung, wie
ihre durch den Abgeordneten Dr. Hoyerlacher im Steuer-
anschuß des Reichstags abgegebene Erklärung besagt:
„Das Reichskabinett könne noch so kräftige Trö-
nungsversuche, die Bayrische Volkspartei werde trotz-
dem die Biersteuererhöhung keinesfalls mitmachen.“

Durch die Biersteuererhöhung — diesen „Raub-
zug vom Norden“ — werde Bayern bei einem Ge-
samteinkommen von 178 Millionen Mark eine
Sonderlast in Höhe von 100 Millionen Mark aufge-
bürdet.

Reichsfinanzminister Dr. Moßner erklärte, er
es treffe zu, daß Bayern durch die Biersteuererhöhung
schwer betroffen werde, andererseits würde Bayern
aber auch bei den Ueberweisungen besonders bedacht.

außerdem müsse auch berücksichtigt werden, daß die
Belastung durch andere Steuern in Bayern nicht im
entferntesten an die Belastung heranreicht, die in an-
deren Ländern bestehe. Wollte man an Stelle der Bier-
steuererhöhung die Umsatzsteuer entsprechend erhöhen,
dann sei das für die Allgemeinheit noch viel schwerer
tragbar.

In der weiteren Debatte lehnten dann auch noch
die Sprecher der deutschen nationalen Fraktion, der Chris-
tlich-nationalen Bauernpartei und der Wirtschaftspartei
sowie Bauernparteieller Antrag die Biersteuererhöhung
ab, während sich der Sozialdemokrat Dr. Herz dahin
aussprach, die sozialdemokratische Fraktion habe sich
noch keineswegs auf die Biersteuer festgelegt.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages
ist für Mittwoch einberufen worden, um verschiedene
kleinere außenpolitische Vorlagen zu beraten, darunter
den deutsch-schweizerischen Vertrag über die Regulie-
rung des Rheins und das Zusatzabkommen zum Han-
delsvertrag mit Finnland.

Neue Krise in London.
Die Auslegungs-Künfte haben versagt. — Feindliche
Fragen im Unterhaus. — Die Amerikaner
reisen am 22. April heim.
— London, 7. April.

Der heutige Montag bedeutet für den englischen
Ministerpräsidenten Macdonald und die Kabinettsmit-
glieder einen kritischen Tag. Das Unterhaus will Mac-
donald Fragen über etwaige neue Verpflichtungen Eng-
lands vorlegen. Insbesondere wird Macdonald um
Auskunft darüber ersucht werden, ob Deutschland um
andere im Völkerbundsrat vertretenen Mächte bereits
zu den englisch-französischen Verhandlungen über die
Auslegung des Artikels 16 der Völkerbundsstatuten
hinzugezogen worden sind bzw. ob ihre Ansicht über
die Tragweite des Artikels 16 eingeholt worden ist.

Es verlautet, daß, wenn diese Anfragen von Mac-
donald ungenügend beantwortet werden sollten, eine
Anzahl Gegner der englisch-französischen Verhand-
lungen einen Vertagungsantrag oder ein Mißtrauens-
votum einbringen werden, dessen Ablehnung durch die
Liberalen zweifelhaft ist.

Praktische Bedeutung scheint aber den Verhand-
lungen über den Artikel 16 nicht mehr zuzukommen,
weil diese Besprechungen schon an der Ueberspannung
der französischen Forderungen gescheitert sind. Mac-
donalds Bereitschaft, einen Beschluß des Rates — in
dem ja auch die englische Regierung mitzustimmen
hat — als bindend anzunehmen, genügt den Fran-
zosen nicht, zumindest wollten sie noch die Einrich-
tung einer höheren Instanz, die zu entscheiden haben
sollte, ob England nun marschieren müsse oder nicht.

Man spricht deshalb wieder einmal von der Un-
möglichkeit eines Fünf-Mächte-Abkommens, von der
Notwendigkeit der Vertagung, auch verlautet davon,
daß Italien im Falle der Unterzeichnung des Aus-
legungs-Abkommens erneut mit der Kündigung des
Locarnopaktes gedroht hat. Die amerikanische Ab-
ordnung hat bereits für den 22. April auf der „Ve-
vian“ Plätze für die Rückfahrt belegt.

Gandhi an der Küste.
Der Führer der indischen Freiheitsbewegung,
Gandhi, hat sein Ziel erreicht: den Golf von Cam-
bay, wo nach seinem fast vierwöchigen Propaganda-
zug durch Indien mit einer Gefeselsabtreibung die
gewaltlose Widerstandsbewegung — die Salzrevolu-
tion — beginnen soll. Kurz vor seiner Ankunft am
Endziel seines Marsches erklärte Gandhi, nach der
Salzsteuer werde er auch die Steuern für Getränke
und Betäubungsmittel angreifen.

Hindenburg an König Gustaf.
Beileidstelegramm zum Tode der Königin. — Ueber-
führung der Leiche durch Deutschland.
— Berlin, 7. April 1930.

Reichspräsident von Hindenburg hat dem König
Gustaf von Schweden anlässlich des Todes der Königin
in herzlichen Worten telegraphisch seine Teilnahme aus-
gedrückt. Ferner hat Staatssekretär Dr. Meißner auf
der schwedischen Gesandtschaft in Berlin vorgesprochen,
um dem Gesandten das Beileid des Reichspräsidenten
zu übermitteln.



Kirche statt, wo übrigens alle schwedischen Könige be-
graben sind.

Die schwedischen Zeitungen widmen der Verstorbe-
nen seitenlange Nachrufe, in denen sie das heldenhafte
Ertragen der langjährigen Krankheit hervorheben und
darauf hinweisen, daß die Entschlafene schon seit zwei
Wochen in ununterbrochenem Todeskampf gelegen habe.
Die Kränze und Blumenspenden füllten nach den letz-
ten Meldungen aus Rom bereits vier Zimmer.

Stockholm trauert.
Beileidskundgebungen zum Tode der Königin.
Die Stadt Stockholm steht ganz im Zeichen der
Trauer. Von allen öffentlichen und vielen privaten
Gebäuden weht die Flagge auf Halbmast. Viele Ge-
schäfte haben in den Schaufenstern das Bild der ver-
storbenen Königin mit Trauerflor und Blumenschmuck
aufgestellt.

Es werden neben den schwedischen Farben auch
die deutschen gezeigt, um die Achtung vor dem Ge-
burtslande der Königin Viktoria zum Ausdruck zu
bringen.

Im Stockholmer Schloß sind Listen ausgelegt, in
in die sich bereits Hunderte eingetragen haben, um
dem König und der königlichen Familie das Beileid
zu bekunden. Bei der
Trauerfeier in der Schloßkapelle
waren neben der königlichen Familie auch das diplo-
matische Korps und die Vertreter der Regierung und
des Parlaments zugegen. Aus allen Teilen Schwedens
und der ganzen Welt treffen fortwährend Beileids-
kundgebungen ein. Die deutsche St. Gertruds-
gemeinde in Stockholm veranstaltet am Donnerstag
einen Gedächtnisgottesdienst, bei dem Hauptpastor
Ohly die Gedächtnisrede hält. Königin Viktoria stand der
deutschen Gemeinde sehr nahe, sie war Ehrenvorsitzende
des deutschen Frauenvereins in Stockholm.

Das Beileid der Reichsregierung.
Reichsaußenminister Dr. Curtius hat in Ber-
lin in Begleitung des Chefs des Protokolls, Graf
Tattenbach, den schwedischen Gesandten af Wirsén auf-
gesucht, um ihm anlässlich des Ablebens der Königin
von Schweden die Anteilnahme der Reichsregierung
auszusprechen. Der Reichsaußenminister hat ferner
auch dem schwedischen Außenminister telegraphisch das
Beileid der Reichsregierung übermittelt.

Rheinlandnote Tardieus.
Der Youngplan im französischen Senat angenommen.
Der französische Senat nahm am Sonnabendabend
die Haager Abkommen und den Youngplan mit 284
gegen 8 Stimmen an.

In der Debatte, die der Abstimmung voraus-
ging, nahm u. a. auch Ministerpräsident Tardieu das
Wort. Er gab insbesondere weittragende Erklärungen
zur
Rheinlandräumung
ab und betonte, daß mit dem verstorbenen Reichsaußen-
minister Dr. Stresemann im Haag vereinbart worden
sei, eine Frist von acht Monaten, von Ende Oktober
ab gerechnet, für die Räumung einzusetzen, die demnach
bis zum 30. Juni beendet sein müßte.

Seither hätten sich jedoch in Deutschland wie in
Frankreich gewisse politische Ereignisse abgespielt. Die
Frist habe noch nicht zu laufen begonnen, da die Ra-
tifizierung mehrere Monate verspätet worden sei. Es
gebe darüber keinerlei Mißverständnis zwischen Frank-
reich und Deutschland (?).

Frankreich würde seine Truppen in der dritten
Zone belassen, solange die vorgesehenen Bedingungen,
d. h. Ratifizierung des Youngplans und der Haager
Abkommen, die Arbeitsaufnahme der VÖZ, und die
Uebergabe der Schuldverschreibungen durch
Deutschland nicht erfüllt seien.

Die vollkommene Schleifung.
Tardieu erklärte dann, man werde mit der Rhein-
landräumung beginnen und sie so schnell wie möglich
fortsetzen, sobald Deutschland die Schuldverschreibun-
gen übergeben habe.

Bevor die Räumung beginne, müsse Deutsch-
land jedoch auch die vollständige Schleifung seiner
Befestigungen durchgeführt haben. Eine nur vor-
getäuschte Verfürgung genüge nicht. Die französische
Regierung werde in etwa drei Tagen der Reichs-
regierung eine Note in diesem Sinne überreichen.

Auf den Zwischenruf des Senators Graf de Blois,
daß man sich die Rheinlandräumung teuer hätte be-
zahlen lassen müssen, erklärte Tardieu, daß der
Youngplan die einzige Bezahlung darstelle. Es sei
nicht national, sich immer nur auf die Rheinland-
frage zu beschränken und nicht daran zu denken, daß
Frankreich Elsaß-Lothringen zurückerhalten und die
Mandate über die Kolonien erhalten habe.

Hierzu schreibt die demokratische „Vossische Zei-
tung“: „Die von Tardieu angekündigte Note wird
wohl die „Bedingungen“ für die Rheinlandräumung
genau definieren. Die Andeutungen des französi-
schen Ministerpräsidenten sind so ungenau und all-
gemein gehalten, daß es noch zu früh ist, jetzt schon
gegen etwaige illoyale Auslegungsfinessen des klaren
Wortlauts der Haager Abmachungen zu protestieren.
Frankreich hat das Wort seiner Staatsmänner ver-
spätet, daß die Räumung am 30. Juni beendet sein
wird. Wir wollen nicht hoffen, daß Herr Tardieu
an diesem Wort zu denken anfängt.“

Wenn der Schnaps zu billig ist.
Vollstimmung über die Abänderung der Alkohol-
gesetzgebung in der Schweiz.
— Basel, 7. April.

Am Sonntag hatte die Bevölkerung der Schweiz
im Wege der Volksabstimmung über die Vorlage zur
Abänderung der Alkoholverordnung zu entscheiden. Die
Bundesversammlung hat den Gegenvorschlag einstim-
mig verabschiedet, sämtliche Parteien sind für die
Vorlage, doch will das noch nichts besagen, weil bei

Vollstimmungen in der Schweiz auch schon solche Gesetze gescheitert sind, für die sich das Parlament einstimmig ausgesprochen hatte.

Der Entschluß zur Verringerung der Alkoholverbrauchssteuer ist letzten Endes darauf zurückzuführen, daß der Schnaps in der Schweiz zu billig ist. Das kommt daher, daß infolge der reichlichen Obstrenten der letzten Jahre die Herstellung von Obstbrandwein von Jahr zu Jahr an Ausdehnung gewonnen hat, während der Preis des Brandweins infolge der Ueberschwemmung mit Obstbrandwein tiefer und tiefer gesunken ist. Jedenfalls ist heute der Brandwein das billigste alkoholische Getränk der Schweiz! Und dementsprechend ist der Verbrauch gestiegen; im letzten Jahre verkonsumierte die Schweiz mit ihren rund vier Millionen Einwohnern etwa 30 Millionen Liter Brandwein.

Kernstück der der Bevölkerung zur Abstimmung unterbreiteten Vorlage ist die Verminderung des Alkoholverbrauchs und die Einführung der Staatsaufsicht für die gesamte Brennerei. Die Verminderung des Alkoholverbrauchs soll durch eine Erhöhung der Schnapspreise und ferner dadurch erreicht werden, daß in Zukunft auch der Obstschnaps an das Alkoholmonopol angeschlossen ist. Neue Hausbrennereien dürfen in Zukunft nicht mehr errichtet werden, bestehende sind nach 15 Jahren konfessionspflichtig.

Von der Durchführung des Gesetzes erwartet der Staat eine jährliche Mehreinnahme von 37 Millionen Franken; die Hälfte dieses Betrags soll zur Finanzierung der Alters- und Hinterbliebenenversicherung verwendet werden.

Landkreise und Reformgesetz.

Für volle Gleichheit zwischen Stadt und Land.

— Berlin, 7. April.

Der Landkreistag erstattete auf Anforderung ein Gutachten über die geplante Reform der Selbstverwaltungsorganisationsgesetzgebung in Preußen und führt darin aus, finanzielle Unabhängigkeit und Selbstverantwortung, gesetzlich gewährleistete Bewegungsfreiheit und eine gesunde, den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der verschiedenen Selbstverwaltungsorgane entsprechende Verfassung seien die Vorbedingungen für eine gut arbeitende Selbstverwaltung.

Unter keinen Umständen dürfe eine zu starke Zentralisation das Eigenleben auf dem Gebiete der Selbstverwaltung beeinträchtigen. Die neuen Gesetze müßten eine volle Selbstverwaltungsgleichheit zwischen Stadt und Land bringen. Für die Veränderung der Kreisgrenzen müsse ausnahmslos ein Gesetz erforderlich sein.

Der im preussischen Entwurf enthaltene Ausdruck „geringfügige Veränderungen“ sei zu dehnbar und zu wenig exakt, um nicht Unklarheiten aufkommen zu lassen. Eingemeindungen dürften in Zukunft nur als Ausnahme, als letztes Mittel betrachtet werden. Die Staatsaufsicht solle gegenüber der Selbstverwaltung auf das notwendige Maß beschränkt werden.

Eine neue Partei.

Gründung der Volkswirtschaftlichen Reichsvereinsigung.

In der Berliner Philharmonie wurde die Volkswirtschaftliche Reichsvereinsigung gegründet. Die vom vorläufigen Präsidium ausgearbeiteten Richtlinien der Reichsvereinsigung und die Grundsätze für ihre Verfassung wurden von den etwa 800 anwesenden Vertretern der bestehenden Kreisvereinsigungen einstimmig angenommen.

Mahrau, der Hochmeister des Jungdeutschen Bundes, wurde zum Vorsitzenden der Reichsvereinsigung einstimmig gewählt.

Osterferien im Landtag.

Abstimmungen. — Verlegung des Bußtags auf einen Sonntag?

— Berlin, den 5. April 1930.

Der Preussische Landtag hielt heute seine letzte Sitzung vor den Osterferien ab. Auf der Tagesordnung standen Abstimmungen und die Fortführung der Aussprache zum Haushalt des Kultusministeriums. Der dem Landtag in erster Lesung vorliegende Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Trier wurde ohne Aussprache dem Gemeindevorstand zur Vorbereitung überwiesen. Annahme fand ein Antrag des Verfassungsausschusses, der das Staatsministerium ersucht, im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden ein Gesetz über die Verlegung des Bußtags auf einen Sonntag auszuarbeiten. Ferner sprach sich das Haus für die beschlossene Inangriffnahme des Baues des Rhen-Main-Kanals aus.

Weitere vom Landtag angenommene Anträge verschiedener Ausschüsse fordern: Unterstützung der altmärkischen Viehwirtschaft und der Fortführung der Ausprägung zum Haushalt des Kultusministeriums. Der dem Landtag in erster Lesung vorliegende Gesetzentwurf über die Erweiterung des Stadtkreises Trier wurde ohne Aussprache dem Gemeindevorstand zur Vorbereitung überwiesen. Annahme fand ein Antrag des Verfassungsausschusses, der das Staatsministerium ersucht, im Einvernehmen mit den kirchlichen Behörden ein Gesetz über die Verlegung des Bußtags auf einen Sonntag auszuarbeiten. Ferner sprach sich das Haus für die beschlossene Inangriffnahme des Baues des Rhen-Main-Kanals aus.

In der Debatte über den Etatsabschnitt „Theaterwesen“ übte Abg. Dr. Schüller (D. V.) Kritik am heutigen

Theaterwesen und sprach sich für die Förderung der klassischen Schauspiele aus. Abg. Dr. Vohner (Dem.) hat, keine Abstriche an den Unterhaltungen für junge Künstler vorzunehmen. Abg. Meuß (Wirtschp.) wandte sich gegen die Zuschußwirtschaft bei den Staatstheatern. Abg. Baeder (Dntf.) stimmte der Verwendung von 600 000 Mark für die Landesbühne zu.

Nach weiterer Debatte, die hauptsächlich von den Kommunisten bestritten wurde, vertagte sich der Landtag auf den 6. Mai. Auf der Tagesordnung stehen kleinere Etats.

„Bekenntnis zu Bayern.“

Eine Kundgebung in München.

In München fand eine Kundgebung für die Selbstständigkeit Bayerns statt, zu der neben dem Ministerpräsidenten Dr. Held und den sämtlichen Mitgliedern des bayerischen Kabinetts zahlreiche führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen des öffentlichen Lebens, der Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft erschienen waren.

Unter dem Leitwort „Bekenntnis zu Bayern“ hielt der Regensburger Oberbürgermeister Dr. Hipp die Festrede. Dabei stellte er fest, daß das Ringen um die bayerische Eigenstaatlichkeit

keineswegs Eigensinn und Rechthaberei

oder gar reichsunfreundlicher Gesinnung einiger Vertreter der bayerischen Staatsregierung entpringe, sondern eine Angelegenheit des ganzen Volkes sei und bleibe.

Die Kultur leide unter der Zentralisation und Unitarisierung ebenso wie die Wirtschaft, die nach den organischen Begebenheiten und Bedürfnissen großer geschlossener Gebiete individualisierend gepflegt werden müsse.

Gerade auf diesem Gebiete könne die ausgleichende Tätigkeit selbständiger Länder und ihrer Regierungen für größere Teilgebiete des wirtschaftlich geschüttelten Reiches unmöglich entbehrt werden. Diese föderalistische Staatsbetrachtung entspringe in Wahrheit einer großdeutschen Staatsauffassung.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 7. April 1930.

Generalleutnant Schwarte, der Herausgeber einer der besten militärwissenschaftlichen Zeitschriften, feierte in Berlin seinen 70. Geburtstag.

Im Zusammenhang mit seiner Entsendung in den Verwaltungsrat der Reparationsbank wird Dr. Melchior sein Amt im Genfer Finanzausschuß niederlegen.

Der Kultusminister a. D. Dr. Veder ord. Professor für Islam-Wissenschaft. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimme, hat dem Vorschlag der Philosophischen Fakultät entsprechend, den früheren preussischen Kultusminister Prof. Dr. Veder die ordentliche Professur für Islam-Wissenschaft an der Universität Berlin angeboten.

Der Reichskanzler zur Lage.

Tagung des Reichsausschusses der Zentrumspartei.

In Berlin trat am Sonntag der Reichsausschuß der Zentrumspartei im Reichstag zu seiner Tagung zusammen.

Reichsinnenminister Dr. Wirth stellte fest, auch nach den Neuierungen Tardieu könne kein Zweifel darüber bestehen, daß nach der Annahme des Youngplans Sanktionen im Sinne des Versailler Vertrags nicht mehr möglich seien. Wohl seien Repressalien möglich, über deren Anwendung entscheide aber das Internationale Schiedsgericht im Haag.

Reichsarbeitsminister Dr. Stenger wald verbreitete sich über die nächsten Aufgaben der Sozialpolitik und bekannte sich zur Fortführung in der bisherigen Form.

Reichskanzler Dr. Brüning

erklärte, die neue Regierung werde durchführen, was zur Rettung des deutschen Volkes notwendig sei.

Hinter dem Kabinettscheit der Wille und die ganze Macht des Reichspräsidenten und, wie er glaube, auch der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. Wenn es nicht gelinge, mit dem Parlament die notwendigen Reformen durchzuführen, dann müsse das deutsche Volk selbst die Entscheidung in die Hand nehmen und in Neuwahlen ein Parlament schaffen, das den schweren Aufgaben gewachsen ist.

Reichsverkehrsminister v. Guérard erklärte unter anderem, daß eine Erhöhung der Reichsbahntarife nach seiner Auffassung zur Zeit nicht tragbar sei.

„Niedergang oder Aufstieg?“

Reichsfinanzminister Brüning über sein Finanzprogramm.

In Magdeburg sprach im Rahmen des Vertretertages der Deutschen Volkspartei am Sonntag Reichsfinanzminister Dr. Brüning über das Thema „Niedergang oder Aufstieg?“ Er führte unter anderem aus, daß ohne Finanzreform eine wirksame Hilfe für die Landwirtschaft unmöglich sei.

Bei dem Finanzprogramm der Regierung bleibe ein Fehlbetrag von rund 300 Millionen. Eine De-

ckung dieses Fehlbetrages sei ohne Biersteuererhöhung nicht denkbar, wenn man nicht den ganz gefährlichen Weg gehen wolle, die Umsatzsteuer stark zu erhöhen, denn mit einer Erhöhung auf 1 Proz. könne bei weitem nicht der Fehlbetrag, sondern höchstens 180 Millionen M. gedeckt werden.

Er habe gestern im Senatsausschuß erklärt, wenn die neuen Steuern in Höhe von 300 Millionen M. bewilligt würden, und zwar bis vor Ostern, dann könne er auch die Garantie dafür übernehmen, daß wir nicht nur die nächsten Monate, sondern das ganze Jahr hindurch über die finanziellen Schwierigkeiten hinwegkämen, und daß in dieser Richtung keine Besorgnisse mehr gehegt werden brauchten. Wenn man die Dinge so wie bisher weiter laufen lasse und wenn übertriebene Ansprüche an den Staat erhoben würden, so würde er von seinem Posten zurücktreten und dem deutschen Volk Rechenschaft geben.

Die Regierung sei entschlossen, alle verfassungsmäßigen Mittel zu gebrauchen, um ihren Willen durchzusetzen. Sollte jedoch engherzige parteipolitische Voreingenommenheit dazu führen, daß man nicht zur Einigung gelange, dann werde die Reichsregierung auch ohne den Reichstag weiterregieren und an das deutsche Volk appellieren.

Letzte Meldungen.

Der Kunstmalers Siegmund Kaufbach gestorben.

— Hannover, 7. April. Der Kunstmalers Siegmund Kaufbach ist hier im Alter von 75 Jahren gestorben. Als Sohn des Malers Professor Friedrich Kaufbach in München geboren, hatte er sich zunächst der Gesangs- und dann der Bühnenkunst zugewandt. Nach kurzem Engagement am Nachener Stadttheater widmete er sich der Malerei und lebte seit vielen Jahren in Hannover, wo er sich großen Ansehens erfreute. Seine Gemälde haben ihm weit über Deutschland hinaus einen Namen gemacht.

Verhandlungsbereitschaft der Deutschen Volkspartei in Sachsen.

— Dresden, 7. April. Die Landtags-Fraktion der Deutschen Volkspartei hat nach Empfang des demokratischen Regierungsprogramms beschlossen, durch mündliche Verhandlung mit den Demokraten eine weitere Klärung der Lage herbeizuführen.

Briand in Paris.

— London, 7. April. Der französische Außenminister Briand ist nach Paris zurückgekehrt. Man rechnet mit seiner Rückkehr nach London für Dienstag. Die Frage des Abchlusses eines Fünfjahresvertrages betrachtet man als endgültig gescheitert. Man hofft jetzt auf einen Dreijahresvertrag.

Verschiedenes.

Minister a. D. Professor Hellpach-Heidelberg spricht auf dem Reichstertag.

Den Hauptvortrag des in der Woche nach Ostern in Bielefeld stattfindenden Evangelischen Reichstertages über das Thema „Familie und Volk“ hat der bekannte badische Politiker und Heidelberger Professor Hellpach übernommen. Hellpach nimmt in der kulturpolitischen Debatte der Gegenwart eine sehr beachtete Stellung ein. Noch kürzlich hat bekanntlich seine Erklärung über die Verfallbarkeit der heutigen Parteipolitik eine lebhafteste Erörterung in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Auf die Art der Behandlung des übernommenen Vortrages ist man allseits, und gerade auch in den Kreisen des Reichstertages selbst, sehr gespannt, nachdem Prof. Hellpach noch vor kurzem die Problematik des Elternrechts in der Öffentlichkeit von seinem Standpunkt aus ausführlich erörtert hatte.

Zeitmmission in Bückeburg. In der Zeit vom 11. Mai bis 1. Juni wird das Jugendzelt II des Jugendbundes für entschiedenes Christentum auf dem Reumarktplatz aufgestellt finden und allabendlich seine Pforten öffnen. Um Alt und Jung durch Vorträge aus allen Lebensgebieten zu erreichen und Lebenswahrheiten zu verkünden. Im Sommer vorigen Jahres stand das Zelt in Stadthagen und hatte sehr starken Besuch aufzuweisen. Die Jugendbundorganisation für E.C. (entschiedenes Christentum) hat ihren Hauptstift in Woltersdorf bei Erker (Mark) und steht unter der Leitung von Pfarrer Schürmann. Aus kleinsten Anfängen im Jahre 1894 hat sich die Organisation in Deutschland bis zu etwa 1500 Einzelbinden entwickelt. Auch in unserer Stadt, ebenso wie in Stadthagen, Minden, Bielefeld und anderen Nachbarstädten bestehen Jugendbinden für E.C. Die christliche Jugendbewegung hat in allen Erdteilen festen Fuß gefaßt, so daß heute die E.C.-Fahne rings um den Erdball weht. Ueber die Arbeit des Jugendzeltes wird noch näheres bekannt gegeben.

Bethel.

— Mittwoch, den 9. April, 1/2 Uhr Feuerwehrrübung. Pünktlich antreten. Der Brandmeister.

Alumnatsinspektor

gesucht, evangelisch, Theologe od. Philologe. Gehalt: freie Station und monatlich 70.— Mk. Dienst-antritt: 22. April. Gymnasialalumnate Gütersloh Dr. Fiedner, Gymnasialdirektor

Bäder

28 Jahre alt, selbständig arbeitend, an Königswinter- oder Dampfen, sucht zum 1. Mai 1930 Stellung, am liebsten in Betrieben, die innerhalb dieses Jahres oder später übernommen werden können. Angebote an die Geschäftsstelle dieses Blattes unter A 6423.

Zum 1. Mai suche ich ein zuverlässiges jüngeres Mädchen für Küche und Hausarbeit. Frau Dr. Wilmanns, Bethel-Bielefeld, Kantensiel 13

Südamerik. Maté

Paraguaytee Preis: 2,80 Mk. per 1 Pfd. franko, excl. Nachnahme.

Gustav Giehl & Sohn Sangerhausen, Hindenburgstraße Unser Tee ist zum gl. Preise auch in Ophir erhältlich.

Der Deutsche Rundfunk hat seinen Programmteil wieder um 8 Seiten erweitert! nach wie vor die Zeitschrift mit dem ausführlichsten Funkprogramm der Welt! Jede Woche 80 Seiten für 50 Pf. Monatsbezug RM 2.— Bestellen Sie beim Postamt oder Buchhandlung Probeheft umsonst v. Verlag Berlin N 24

Staatlich anerkannter, Christl. gesinnter, auf gute Zeugnisse und dreijährige praktische Erfahrung in Jugendpflege und Führung gestützter, diatonisch ausgebildeter 25jähriger junger Mann sucht Stellung als Jugendpfleger, Fürsorger oder Erzieher. Derselbe ist musikalisch und in Büroarbeiten erfahren. Angebote an Heinrich Auerswald, Volkmarfen, Bez. Kassel.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes Anmachholz hat abzugeben Morija. Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. S. Hüttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, christliches Tagesblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916. Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.



Nr. 84.

Berlin und Berlin

Ende Febru... Jugoslawien... gültige Regelu... den unaufhörli... garisch-jugosla... Als bestes M... erreichen, wur... der Grenzgebi... langwierigen... von zwei Jah... Güter teils o... Boden liegen... Freiwilligkeit... Mit dieser Mo... gen, Zusammen... bearbeitung a... tralen „tote... wurde von B... präsident V... Abbruch der... wirklichen d... am Widerste... beider Länd... des Grenzver... in den jugos... schluss auch d... der letzten Ja... ten sehr oft... des Verführu... der großen Fi... ten erleichtert

Die Freud... Bloks der S... Meer hatten... ihren Zukunf... und Slowene... nier, nicht in... mehr bewiese... Belgrad ohne... hertenwünsche... einmal mehr... Minderheit in... Mittel zur... Ausicht auf... garien einflu... bei einem Zu... über dessen f... andergehen... niern ihre M... Slawenstamm... einmal zugeho... donien, Maza... lebenden bul... Siedlungen i... werden, nach... chen und Bi... verjagt, die... wenn er sich... Volksbräuche... gefühligen u... ersticht.

Gewalt h... Balkan, wo... heit mit der... die Mazedon... dem „Sliter... jähliche Males... rial verfehen... griffen sie zu... ihren heutige... Jahrhundert... balkanische... schritten sie... zum illegalen... mazedonische... kommt die... ganisation zu